

Durchgeknallte Politik: Seit wann brauchen die Kürenzer Bürger/innen eine Anfrage der FWG, um „Klarheit und Wahrheit“ darüber zu erfahren, dass die von der Verwaltung im Jahre 2001 zugesagte Entlastung vom motorisierten Individual- und Schwerlastverkehr nicht realisiert wird? „Unserer Fraktion ging es bei ihrer Anfrage um Klarheit und Wahrheit. Unerfreulich, aber die Betroffenen wissen jetzt wenigstens, wo sie in Wirklichkeit dran sind“ (RaZ, 5.3.13). Das ist wohl das Letzte, was die Anwohner/innen in der Avelsbacher Straße brauchen. Denn um zu erfahren, woran „wir“ „ in Wirklichkeit sind“ (RaZ, ebd.), müssen wir nicht erst eine Anfrage über die FWG bei der Stadt stellen, sondern wir sehen direkt aus dem Fenster und hören sogar bei geschlossenen Schallschutzfenstern die „Einfallsstraße“ romantisch rauschen wie weiland den naturalisierten Avelsbacher Bachlauf! – Vielen Dank!

Was jedoch unerträglich ist, ist, dass nicht nur die Stadtverwaltung wiederholt lügt, sondern auch die FWG sich selbst und die Altkürenzer Bevölkerung erneut belügt – und das jetzt schon (wenigstens!) zum zweiten Mal. An die erste Lüge erinnert sich die FWG immer sehr gerne, schreibt sie diese Lüge doch dem politischen Gegner, der SPD und ihrem damaligen Baudezernenten Herrn Dietze, zu (vgl. TV, 28/29. April 2001). Soweit, so gut! Wenn aber die FWG behauptet, sie habe „bereits im Juni 2001“ bekundet, „dass wir die optimistische Auffassung des Baudezernenten [Dietze, J.V.] nicht teilen“ (RaZ, ebd.), dann ist das nur die halbe Wahrheit. Denn die Behauptung der FWG: „Leider haben wir Recht gehabt“ (RaZ, ebd.), klingt nicht so glaubwürdig, denn das hieße ja, dass sich die FWG nicht wirklich für die „Umgehung“ eingesetzt habe. – Das allerdings ist wahr! Denn die FWG zieht es als politische Kraft, die gestalterisch in Trier tätig werden könnte, vor, statt mit einem eigenen Antrag im Stadtrat für die Belange der Anwohner/innen in Altkürenz einzutreten, lieber eine unproblematische, weil absolut nichtssagende „Anfrage“ an die Stadt zu stellen. Und das, nachdem – nach eigenem Bekunden der FWG – „sich mehrere Bürger bei uns massiv über die wachsenden Verkehrsbelastungen und die damit verbundenen Lärmbelästigungen beklagt hatten“ (RaZ, ebd.). – Da verschlägt es einem ja die Sprache! – So muss die FWG also im Jahre 2013 extra auf die „Klagen“ der Anwohner/innen warten, um politisch aktiv werden können, nachdem sie von vorneherein ja „skeptisch“ gegenüber der zugesagten Lösung für den Verkehr in Altkürenz gewesen seien! Das nenne ich eine „langfristige“ Interessenvertretung der Belange für die betroffenen Anwohner/innen! Tatsächlich ist es aber nur eine bodenlose Frechheit, sich selbst bei Gelegenheit als Hauptinitiator der „Umgehung“ von der Presse (Vgl. TV-Berichte von Roland Morgen) feiern zu lassen, dann aber nichts weiter darauf zu haben, als „wissen zu wollen, wie man (sic!) sich eine Lösung der wachsenden Verkehrsprobleme in Kürenz vorstellt und ob die gegebene Zusage auf unbestimmte Zeit verschoben oder gar gestorben ist“ (RaZ, ebd.). Der Gebrauch des unpersönlichen „man“ verrät an dieser Stelle, dass sich die FWG ihre eigenen, vorgegebenen Ziele selbst überhaupt nicht zu Eigen gemacht hat. Ihr ist es wichtiger, sagen zu können, „man habe Recht gehabt“, als zugeben zu müssen, dass die Bemühungen um eine Lösung für Altkürenz schlichtweg gescheitert sind, weil „man“ sich bei Zeiten nicht wirklich stark gemacht hatte, eine Lösung für die Kürenzer mehrheitlich durchzusetzen. (Das gilt übrigens auch für die Position der CDU, während die SPD und die Grünen nie ein Interesse für eine Verkehrsberuhigung hatten, was sie letztlich damit verschleiern, dass sie – allerdings wesentlich später (!) - den Mobil-Split für Trier durchgesetzt haben!) So behaupten sie jetzt: Der Mobil-Split würde die Verwaltung immerhin an gewisse Entscheidungen binden. (War den die Verwaltung zuvor nicht an gewisse Entscheidungen des Stadtrates gebunden? Wie z.B. auch nicht (?) an die Verwaltungsvorlage 063/2007 zum Umgehung Kürenz, die mehrheitlich verabschiedet wurde? Auf die gleiche Tour versucht sich der OB höchst selbst, wenn auch völlig ungeschickt, aus der Affäre zu ziehen. So behauptet der OB, die „Verwaltung habe sich nicht eigenmächtig von den bestehenden Zielen verabschiedet“ (RaZ, ebd.). Tatsächlich wurde die Verwaltungsvorlage 063/2007 zur

Umgehung Kürenz, die im Rat der Stadt mehrheitlich beschlossen wurde, bis heute nicht (!) umgesetzt. Und selbst die ADD, die deswegen im Jahre 2011 über eine Dienstbeschwerde wegen Untätigkeit der Verwaltung entscheiden musste, wusch ihre Hände in Unschuld (vgl. auf dieser Homepage), indem sie nichts tat. Das ist also schon die zweite Lüge auf Seiten der Verwaltung! Nun aber wird suggeriert, „man“ tue doch etwas, nachdem die FWG völlig überraschend für Jedermann herausgefunden hat, dass „dies bei realistischer Bewertung bedeutet, dass es vorerst keine Entlastung für Kürenz gibt“ (RaZ, ebd.). - Was aber nach Meinung des OB getan werden soll, ist geradezu lächerlich! „Durch die Maßnahmen des Mobilitätskonzepts seien für den Bereich Kürenz deutliche Verbesserungen der Verkehrssituation zu erwarten“ (RaZ, ebd.), behauptet der OB. – Warum aber soll ein Konzept eine Verbesserung für Altkürenz bringen, das nun nach dem Willen der SPD umgesetzt werden soll (Vgl. RaZ, ebd.), wobei sich dieses Konzept aber dem „Mobil-Split“ verpflichtet fühlt, was bedeutet, dass die vorgesehene Umgehung als Verkehrsentslastung für Altkürenz eben nicht (!) umgesetzt werden wird, weil diese Ausgaben gegen das (selbst)vorgeschriebene Splitting verstieße. Allerdings: An diesen neuen Beschluss fühlen sich sowohl die Verwaltung als auch die SPD und Grünen verpflichtend gebunden, während sie die sehr viel ältere Vorlage 063/2007, für die sie zuvor ebenfalls mehrheitlich abgestimmt hatten, nicht mit Nachdruck von der Verwaltung haben umsetzen lassen! Somit werden Altkürenz nun höchstwahrscheinlich „Expressbusse“ oder „Schnellbusse“ entlasten (!?), die ca. 2 Minuten Zeit vom Bahnhof zur Uni einsparen, um den Bewohnern der Höhenstadtteile das Busfahren schmackhafter zu machen – etwas, was sie bis heute eben nicht tun, weil es „nur schnell“ gehen soll! GleichermäÙen lehnte die Verwaltung alle Anträge des Ortsbeirates von Kürenz ab, die entweder eine Reduzierung der Geschwindigkeit auf Tempo-30 im unteren Bereich der Avelsbacher Straßen vorsahen oder Geschwindigkeitsdisplays zur freundlichen Selbstregulierung des Fahrverhaltens. Vor diesem Hintergrund ist es nicht weniger als zynisch, wenn der OB verspricht (!), dass die „Verwaltung dieses Thema bei der weiteren Beratung des Mobilitätskonzepts behandeln will“ (RaZ, ebd.). – Was es zu „behandeln“ gilt, ist nicht das Mobilitätskonzept, sondern eine „konkrete“ Entlastung von Altkürenz vom motorisierten Individualverkehr. Die Lösung dieser Problematik sieht aber keinesfalls so aus, dass „man“ nun noch zusätzlich „Schnellbusse“ durch die Straße jagt, weil die Erschütterungen der Häuser keinen Unterschied zwischen einem „Schwerlastzug“ und einem „Gelenkbus“ machen! Das Vorgehen der Verwaltung zeigt aber deutlich, dass immer noch keine Vernunft in der Verwaltung zur Anwendung kommt. So kann der OB auch mit dem Brustton der Überzeugung sagen: „Die Ortsumfahrung des Altorts (sic!) Kürenz sei nach wie vor nach Beschlussfassung sowohl des Rates als auch der Verwaltung ein Ziel des Mobilitätskonzepts“ (RaZ, ebd.). – Schade nur, dass diese „Beschlüsse“ nach immerhin 13 Jahren (und mehr!) immer noch keine (!) Priorität im Rat und bei der Verwaltung gefunden haben. – Denn genau das ist die Wahrheit: Im „Mobilitätskonzept“ findet sich die „Umgehung“ nur noch als nachgeordnetes Ziel für spätere, aber dennoch nur mögliche, Finanzierungsoptionen der Stadt. Das heißt also jetzt dialektisch verstanden: Es geht der Stadt „nun“ um die Umsetzung des „Mobilitätskonzeptes“ und nicht primär (!) um die Entlastung von Altkürenz vom Straßenverkehr, denn die alte, immer noch gültige, Vorlage 063/2007 steht nach wie vor nicht (!) zur Umsetzung an. – Das nun aber ist wirklich Klasse: Denn alle Parteien sowie die Verwaltung und der OB können „jetzt“ feierlich behaupten, sie täten wirklich alles, was zu machen sei, um das Problem ehrlich zu lösen. Und koste es die Wahrheit! - „Unerfreulich, aber die Betroffenen wissen jetzt wenigsten (sic!), wo sie in Wirklichkeit dran sind“ (RaZ, ebd.). – Das ist allerdings bei aller Liebe zur Politik etwas sehr, sehr wenig! Die Verantwortlichen für diesen beklagenswerten Zustand in Altkürenz sind aber klar zu benennen! Und das ist nunmehr schon wieder sehr viel! „Erzählen“ braucht uns kein Politiker mehr etwas! Anderes Handeln ist angesagt! Doch lesen wir in der gleichen

Ausgabe der Rathauszeitung: „Um den Vorwurf zu entkräften, dass Papier geduldig ist [hier: das Papier, auf dem das Mobilitätskonzept 2025 steht, J.V.], fragt die SPD-Fraktion nach und bittet (sic!) die Verwaltung um Antworten zur Umsetzung von Maßnahmen zur Lärmreduzierung für Trier“ (RaZ, ebd.). Na bitte! „Man“ bittet, statt dafür zu sorgen, dass „Anträge“ von der Verwaltung zeitnah umgesetzt werden! Was an dieser Stelle aber wiederum nicht berichtet wird, ist, dass im „Lärmaktionsplan der Stadt Trier“ der Stadtteil Altkürenz wiederum nicht unter den dringenden Prioritäten anzutreffen ist (vgl. Artikel 2012 auf dieser Homepage). Auch hier reden sich die Kommunalpolitiker selber glücklich, statt für das Wohl und die Belange betroffener Menschen zu sorgen.